



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

Aktualisierte Fassung vom 22.6.07 13.55 Uhr

Grünes Licht für „Haus der Kantone“ Klares Bekenntnis zum kooperativen Föderalismus

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat heute der Realisierung des Hauses der Kantone an der Speichergasse 6 in Bern definitiv zugestimmt. Der Betrieb wird auf Mitte 2008 aufgenommen. Das Haus der Kantone soll sich zu einem umfassenden interkantonalen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum entwickeln.

Das Haus der Kantone ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Verbesserung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit Bund – Kantone. Die meisten der interkantonalen Konferenzen werden unter einem Dach zusammengeführt. Auf diese Weise können die Kantone die Zusammenarbeit unter sich und mit dem Bund effizienter und zielorientierter gestalten. Zudem bringt die Bündelung der Kräfte wertvolle Synergien. Neben der KdK ziehen auf Mitte 2008 alle grösseren Fachdirektorenkonferenzen (EDK, FDK, GDK, KKJPD und SODK) und weitere interkantonale Gremien vor allem im Bildungsbereich ins Haus der Kantone ein. Insgesamt werden rund 150 Mitarbeitende von interkantonalen Gremien ihren Arbeitsplatz neu im zentral gelegenen Haus der Kantone haben. Die heutigen Standorte sind über die ganze Bundeshauptstadt und zum Teil sogar auf andere Städte verteilt.

Zustimmung zu Verhandlungen über FZA-Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien

In Anwesenheit von Bundesrat Blocher hat die Plenarversammlung der KdK einstimmig das Verhandlungsmandat des Bundesrates zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) auf Bulgarien und Rumänien unterstützt. Die Kantonsregierungen begrüssen die geplante Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien und unterstützen den Bundesrat in seinem Willen, diesbezüglich Verhandlungen mit der EU aufzunehmen.

NFA

In die Freude der Kantone, dass mit dem Abschluss der parlamentarischen Phase ein wichtiger Meilenstein in diesem umfassenden Föderalismusprojekt erreicht worden ist, mischt sich die Enttäuschung darüber, dass sie bei der Finanzierung der nachschüssigen Verpflichtungen der IV eine Zusatzbelastung von 245 Millionen Franken zu übernehmen haben. Dabei handelt es sich um einen Beitrag der Kantone an die Sanierung der IV, der in keinem Zusammenhang mit der NFA steht. Für die

Kantone steht fest, dass damit ihre Verpflichtungen gegenüber der IV abschliessend geregelt sein müssen, und sie werden nicht bereit sein, weitere Beiträge an die Sanierung der IV zu leisten. Von einer Mehrheit des Nationalrats wurde der im Rahmen der Projektorganisation geschlossene Kompromiss zwischen dem Bundesrat und den Kantonen, der bestimmt nicht zu Gunsten der Kantone ausgefallen war, überhaupt nicht gewürdigt. Dies bestätigt einmal mehr, dass diese Kreise den Grundsätzen des Föderalismus und der Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen einen geringen Stellenwert zumessen. Die Kantone bedauern diese Entwicklung sehr.

Bund soll Integrationsförderung NFA-konform gestalten

In ihrer Vernehmlassungsantwort begrüsst die Plenarversammlung den Entwurf für die neue Integrationsverordnung des Bundes. Die Integrationsförderung soll jedoch noch stärker nach den Grundsätzen der NFA ausgerichtet werden. Für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist konsequent das neue Instrument der Programmvereinbarung einzusetzen, damit die Kantone in der Umsetzung über die notwendige Entscheidungs- und Handlungsfreiheit verfügen.

Rahmenvereinbarung E-Government verabschiedet

Die Plenarversammlung hat der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz zugestimmt. Diese Rahmenvereinbarung regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz für die Jahre 2007 bis 2011. Ziel von E-Government ist, die Verwaltungstätigkeit dank des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik so bürgernah, effizient und wirtschaftlich wie möglich zu gestalten.

Broulis (VD) und Morin (BS) neu im Leitenden Ausschuss KdK

Schliesslich hat die Plenarversammlung Regierungspräsident Pascal Broulis (VD) auf Vorschlag der Westschweizer Regierungskonferenz sowie Regierungsrat Guy Morin (BS) auf Vorschlag der Nordwestschweizer Regierungskonferenz neu in den Leitenden Ausschuss der KdK gewählt.

Bern, 22. Juni 2007

Weitere Auskünfte erteilen:

- Regierungsrat Lorenz Bösch, Präsident KdK (Tel. 079 426 54 19)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 079 456 92 92 oder 031 320 30 00)

Weitere Unterlagen:

- Fakten zum Haus der Kantone in Bern unter www.kdk.ch